

**Porto Alegre die zweite**

Zeitgleich mit dem Weltwirtschaftsforum in New York findet auch dieses Jahr wieder ein Gipfel der anderen Art statt. Im brasilianischen Porto Alegre treffen sich vom 31. Januar bis 5. Februar VertreterInnen der sogenannten "Zivilgesellschaft" zum "World Social Forum". Angemeldet haben sich illustre Gäste wie der Linguistik-Professor Noam Chomsky aus den USA, die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchu aus Guatemala sowie der brasilianische Schriftsteller Alfredo Bosi. Daneben diskutieren AktivistInnen von Umweltverbänden, Gewerkschaften, Flüchtlingshilfsorganisationen, GlobalisierungskritikerInnen etc. über eine große Themenpalette: Transnationale Konzerne, Nachhaltige Entwicklung und Biopatente sind nur einige der Titel, unter denen die OrganisatorInnen zu den geplanten Foren einladen. In den nächsten Tagen wird das Organisationskomitee, dem unter anderem die Vereinigung der brasilianischen NGO (ABONG), ATTAC Brasilien sowie die Bewegung der Landlosen Arbeiter (MST) angehören, das detaillierte Programm bekanntgeben. Näheres unter [www.forumsocialmundial.org](http://www.forumsocialmundial.org).

**Internationales Presseinstitut kritisiert Israel scharf**

Das Internationale Presse-Institut (IPI) in Wien hat die Zerstörung der Zentrale des israelischen Rundfunks in Ramallah durch die israelische Armee scharf verurteilt. Außerdem kritisierte die Vereinigung von ChefredakteurInnen und JournalistInnen aus aller Welt die Weigerung der israelischen Regierung, etwa 450 palästinensischen Medien-MitarbeiterInnen die Akkreditierung zu verlängern.

In einem am vergangenen Dienstag veröffentlichten Brief heißt es, die "jüngsten Verletzungen der Pressefreiheit scheinen Teil einer gemeinsamen Strategie [der Regierung] mit der israelischen Armee zu sein, die Berichte über den Anstieg bewaffneter Feindseligkeiten in der Region" zu unterdrücken. Das IPI sieht darin eine "grobe Verletzung" des Rechts auf Informationsfreiheit.

Durch die Nicht-Verlängerung der Akkreditierung wird die Bewegungsfreiheit für palästinensische MitarbeiterInnen ausländischer Medien innerhalb des Westjordanlandes und des Gazastreifens stark eingeschränkt. Auf Proteste der Auslandspresse in Israel hat die Regierung bisher mit dem Hinweis reagiert, man befinde sich mit den Palästinensern "im Krieg". Den betroffenen JournalistInnen wurde vorgeworfen, einseitig und verzerrt über den Konflikt zu berichten.

**Procès "Findel": affaires d'honneur**

Lors des débats sur le fond, le 23 janvier, de la demande de récusation du juge Prosper Klein dans le contexte du procès "Findel" (voir aussi page 6), celui-ci a fait savoir par écrit que ce qui lui était reproché était faux, que la presse avait mal rendu compte de ses propos, qu'il se sentait atteint dans son honneur et allait de toute façon se déporter de l'affaire. Les avocats de la défense se sont à leur tour sentis attaqués dans leur honneur et ont insisté pour que l'affaire soit jugée. Suite des débats sur la récusation en février, suite du véritable procès "Findel"... à la Saint Glinglin?

**Viel Schwein, viel Ehr'?**

Am vergangenen Dienstag fand die umstrittene Treibjagd im Bambesch statt. Nur wenige GegnerInnen waren anwesend, und diese versuchten nicht, die Jagd zu verhindern. Die anwesenden Politiker traten nach unseren Informationen nur als Treiber in Erscheinung, wohl aufgrund der Verdächtigungen, sie hätten sich eine nette Jagd für den Eigengebrauch organisiert. Das angekündigte Gemetzel von Füchsen blieb ebenfalls aus. Allerdings ist auch die Zahl der erlegten Wildschweine eher gering und gibt damit den KritikerInnen recht, die Zweifel am Sinn der ganzen Aktion geäußert hatten.

**JUGENDPOLITIK**

# Die vergessene Generation

**Internationale ExpertInnen begutachteten die luxemburgische Jugendpolitik. Ihr erstes Fazit gefiel dem Ministerium nicht und wurde kurzerhand "korrigiert".**

(ik) - Bevor Pau Serracant Melendres, katalanischer Jugendforscher und Wissenschaftler, vorgestern auf dem Kirchberg das Gutachten zur Jugendpolitik in Luxemburg vorstellte, rügte er die Gastgeber. Beim Abschlussbericht, den ein internationales, fünfköpfiges ExpertInnenteam im Auftrag des Europarates verfasst hatte, habe das luxemburgische Jugendministerium inhaltliche Veränderungen am Text vornehmen lassen. Offenbar dort, wo die Forscher allzu kritische Worte verloren.

Sechsmal, in Finnland, den Niederlanden, Spanien, Schweden, Rumänien und Estland, wurde ein solches Gutachten bisher erstellt. Eingriffe gegenüber einem Report hat es zuvor nicht gegeben.

Einen "fragwürdigen Vorgang", nennt der deutsche Panel-Experte Ralf Simon die nachträgliche Korrektur. "Es ist nicht unser Problem, ob einer Regierung der Report gefällt oder nicht", betont Simon gegenüber der woxx.

In den Gutachten bewerten unabhängige WissenschaftlerInnen die jeweilige Jugendpolitik des Landes. Dafür analysieren sie nationale Statistiken, ministerielle Tätigkeitsberichte sowie Regierungsprogramme. An acht Tagen befragen sie vor Ort Jugendorganisationen, ExpertInnen und betroffene Jugendliche. Die so gewonnenen Einschätzun-

gen dienen als Arbeitsgrundlage für eine koordinierte europäische Jugendpolitik.

Dass daraus kaum wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse zu ziehen sind, ist nur eine Kritik, welche die zuständige Ministerin Marie-Josée Jacobs gegenüber der Erhebung äußert. Sie und ihre Mitarbeiter bemängeln an der luxemburgischen Version vor allem falsche Beobachtungen und voreilige Schlussfolgerungen.

**Zensur oder berechtigte Korrektur?**

"Das Katastrophalste habe ich noch herausnehmen können", sagt Jacobs. Ihrer Zensur zum Opfer fielen anscheinend jene Passagen, in denen die ExpertInnen den LuxemburgerInnen ein "schwieriges" Verhältnis zu den GrenzgängerInnen attestierten. Beinahe "rassistische Tendenzen" seien in der ersten Version unterstellt worden, empört sich die Ministerin. Diese Einschätzung lehnt Jacobs entschieden ab. Sie verweist lieber auf die Integrationsleistung, die in der Jugendpolitik - und nicht nur dort - vollbracht werde, und auf Differenzen im internationalen Forscherteam.

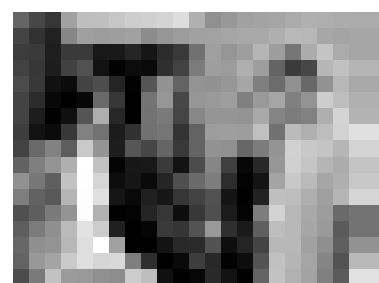
In der Tat kamen die ExpertInnen zu kontroversen Einschätzungen: Während zwei eher die Schwierigkeiten betonten, die bei der Integration von ausländi-

schen Jugendlichen in die luxemburgische Gesellschaft bestehen, unterstrich Petar Mitev, Soziologie-Professor der Universität Sofia, das "einmalige Miteinander" verschiedener Kulturen und Nationalitäten sowie die ausgeprägte "Toleranz" im Großherzogtum.

Dass dieses Miteinander freilich oft nur ein - bemerkenswert friedliches - Nebeneinander ist, und es kulturell bedingte Benachteiligungen gibt, bestreitet selbst Nico Meisch vom Jugendministerium nicht. Aufgrund der Mehrsprachigkeit haben portugiesische Jugendliche im luxemburgischen Bildungssystem häufig das Nachsehen. Das bestätigt auch der Nationale Jugendreport 2001. Man habe sich hierfür konkrete Lösungsvorschläge erhofft, sagt Meisch weiter. Diese aber fehlen in dem Gutachten.

Auch das Fazit der Fachleute, die hiesige Jugendpolitik beschränke sich hauptsächlich auf "klassische Jugendarbeit" mit Kindern, sei zu "traditionell" ausgerichtet und brauche eine Modernisierung hin zu mehr Angeboten für ältere Jugendliche, teilt der Beamte. Um speziell die Probleme von Heranwachsenden wie Wohnungsmangel und Arbeitssuche stärker zu berücksichtigen, würden die jeweiligen Ministerien verstärkt kooperieren.

Auf einem öffentlichen Forum am 13. April will das Ministerium den Experten-Report vorstellen. Dort soll dann auch über die künftige Ausrichtung der Jugendpolitik diskutiert werden.

**CHARGE-E-S DE COURS**

# Mi-figue, mi-raisin

**Aboutissement provisoire d'un long combat: celui pour la reconnaissance du statut de chargé-e-s de cours dans l'enseignement primaire. Avec des réserves toutefois.**

(roga) - Il avait fallu l'intervention musclée du Grand Timonier rappelant ses ministres à l'ordre pour que le gouvernement soumette en toute hâte un projet de loi visant à régulariser la situation intenable des chargé-e-s de cours dans l'éducation préscolaire et l'enseignement primaire.

**Réserve et réservoirs**

Une manifestation devant la Chambre et une motion commune du POSL, des Verts et de la Gauche avaient fait figure de catalyseurs d'un processus long-temps enlisé dans le laissez-faire. "Il ne s'agit pas d'un texte idéal résolvant toutes les situations individuelles, mais j'ai préféré régler le plus rapidement possible la situation de la grande majorité des cas, quitte à revenir ultérieurement sur les situations épineuses" dit la ministre Anne Brasseur à propos de son projet de loi déposé le 20 décembre au parlement.

A première vue, le projet réalise un équilibre plutôt intéressant. Il essaie de tenir compte d'une part des revendications légitimes des vaillant-e-s combattant-e-s du réservoir pédagogique d'une école publique en mal de planification réaliste, de l'autre des droits acquis d'un personnel breveté suspicieux. Enfin il y a les communes, réticentes à l'embauche, sous un

statut d'employé-e communal-expressément lié à la tâche d'enseignement, de personnes non brevetées qu'elles voudraient bien pouvoir remplacer par du personnel breveté dans la perspective d'une fin de la pénurie actuelle.

Perspective bien illusoire, rétorque le syndicat FNCTTFEL, porte-drapeau des chargé-e-s de cours, dans un avis très détaillé sur le projet du gouvernement. En effet, il est invraisemblable que la situation de pénurie de personnel enseignant breveté puisse changer dans les années, voire les décennies à venir. L'évolution démographique - "syndrome des 700.000" - aidant, l'école publique aura besoin et sans doute aussi de nouv-eaux-elles chargé-e-s de cours embauché-e-s sous d'autres formules.

En tout cas le gouvernement est obligé à conférer aux acteurs de son enseignement public un statut conforme à la législation et la jurisprudence en matière de droit du travail. Pour cette raison, le syndicat des chargé-e-s de cours, tout en saluant les traits essentiels du projet, reste ferme dans son opposition à l'article 15. Il s'agit de mesures transitoires visant à permettre aux conseils communaux d'engager les chargé-e-s de cours en fonction sous le statut

d'employé-e privé-e avec un contrat à durée indéterminée. Cette mesure volontaire ne donne pas satisfaction au syndicat qui voudrait que tou-te-s les chargé-e-s de cours actuellement en service remplissant la seule condition d'avoir enseigné pendant trois années soient repris d'office, à travers une mesure unique, par le conseil communal sous le statut d'employé-e communal-e.

Il ne semble guère réaliste de penser que les député-e-s, dont une bonne partie sont maires ou échevins, vont être généreux au point de régulariser tout le monde dans une opération de bienfaisance. L'on peut toutefois s'attendre à ce qu'en commission des contradictions ou oublis, concernant notamment la période minimale pour l'accès au statut ou les cas d'emploi à temps partiel, soient corrigés.

Après le vote de la loi, qui ne devrait point tarder, il sera intéressant de voir si la majorité des chargé-e-s de cours voudront s'accommoder de ce cadeau de Noël, que d'aucuns jugent empoisonné, ou si les recours en justice continueront dans la suite des jurisprudences établies. Enfin subsisteront des catégories de vaillant-e-s bouche-trous du système scolaire qui ne tombent pas sous les critères requis, comme le cas extrême des non-communautaires sans bac luxembourgeois reconnu. Le dossier des chargé-e-s de cours n'est pas près d'être complètement clos.